

Die Sozialdemokratie zwischen friedlicher Revolution und deutscher Einheit



VON
DANIEL FRIEDRICH STURM

Schwante, 7. Oktober 1989: Mutig und voller Selbstvertrauen gründen DDR-Bürgerrechtler am 40. Jahrestag der DDR die SDP, die Sozialdemokratische Partei in der DDR. Die SPD-Führung in Bonn wird davon völlig überrascht. In der Dissertation soll nachvollzogen werden, wie die beiden sozialdemokratischen Parteien in den Monaten vor, während und nach der friedlichen Revolution in der DDR agiert haben, wie die Entscheidungsprozesse verliefen. Die intern wie öffentlich geführten Debatten hinsichtlich der staatlichen Vereinigung sowie der parteilichen Vereinigung von SPD und Ost-SPD werden dargestellt und analysiert.

Der Arbeit werden im Wesentlichen vier Quellengattungen zugrunde gelegt: Zum einen basiert die Arbeit auf zugänglichem Material. Die Berichterstattung in Zeitungen, Zeitschriften und Pressediensten wird herangezogen, um den Ablauf der Diskussionen nachvollziehbar zu schildern. Im „revolutionären“ Herbst und den folgenden Monaten veraltete das Wort oftmals im Munde, um den damaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel zu zitieren. Immer wieder fegte die rasante politische Entwicklung über die Akteure hinweg. Äußerungen sind daher stets unter dem Aspekt ihrer zeitlichen Entstehung zu betrachten. Unter die Kategorie veröffentlichten Materials fallen ferner Sekundärliteratur sowie die zu Papier gebrachten Schilderungen politischen Akteure.

Deren Darstellungen sind kritisch zu würdigen wie dies die „oral history“ erfordert, die den dritten Pfeiler der Arbeit ausmacht. Bereits etliche Zeitzeugen konnten befragt werden, so etwa Hans-Jochen Vogel, die früheren stellvertretenden SDP-Vorsitzenden Angelika Barbe und Karl-August Kamilli oder der Berliner SPD-Politiker Ehrhart Körting.

In Bezug auf unveröffentlichte Quellen konnte der Autor im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn Deposita einiger SPD-Politiker einsehen. Dies betraf die Unterlagen u. a. von Egon Bahr, Horst Ehmke, Norbert Gansel, Stephan Hilsberg und Hans-Jochen Vogel. Ferner war es möglich, die entsprechenden Bestände der SPD-Bundestagsfraktion sowie der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR einzusehen. Das Gespräch mit Akteuren, genannt seien hier Norbert Gansel oder der Deutschlandpolitiker und frühere Vorstandschef der Lufthansa, Heinz Ruhnau, ermöglichte die Arbeit mit Unterlagen aus privaten Archiven. Im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin, war es möglich, u. a. mit dem Bestand zur SDP/SPD zu arbeiten. Dokumente und Unterlagen von SPD wie SDP wurden ferner aus dem Archiv des SPD-Parteivorstandes, Berlin, herangezogen. In der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen (SAPMO) der DDR, dem Bundesarchiv angegliedert, konnten Bestände

gesichtet werden, die den Dialog zwischen SPD und SED betreffen. Schließlich wurden Archivbestände der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) hinzugezogen, um einen Einblick in die Versuche des MfS zu erhalten, die Gründung und die ersten Schritte der SDP zu kontrollieren.

Noch wichtiger als die Archivstudien erwies sich jedoch die Arbeit mit Interviews. Dazu wurden rund 50 Akteure der Jahre 1989/90 aus Ost und West befragt. Im Mittelpunkt standen – wie sollte es anders sein? – Sozialdemokraten, unter ihnen Egon Bahr, Erhard Eppler, Stephan Hilsberg, Markus Meckel, Manfred Stolpe, Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel. Doch auch Norbert Blüm (CDU) oder Hans Modrow (damals SED-PDS) standen für Interviews zur Verfügung. Aus diesen Gesprächen ergeben sich völlig neue Perspektiven auf die sozialdemokratische Vereinigungspolitik.

Warum macht es Sinn, sich mit der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1989/90 auseinander zu setzen? Als die Revolution in der DDR im Herbst 1989 ausbrach, saß die SPD in der Bundesrepublik bereits sieben Jahre lang in der Opposition (und sollte dort weitere neun Jahre verharren). Die konservativ-liberale Regierung Kohl/Genscher ergriff das Heft des Handelns, während die Sozialdemokratie allenfalls reagieren konnte. Schon bald stellte sich heraus, dass auf die Sozialdemokratie gleich mehrere Aufgaben zukamen. Die SPD im Westen nahm die Rolle der größten Oppositionspartei wahr. Ab Mai 1990 aber besaß sie im Bundesrat die Mehrheit und somit ein Mitgestaltungsrecht. Die Ost-SPD opponierte gegen die SED/SED-PDS und die mit ihr verbundenen Blockparteien. Nach der Volkskammerwahl im März wurde die SPD in Ost-Berlin Regierungspartei, um in der letzten Phase des Vereinigungsprozesses sich wieder in die – erstmals parlamentarische – Opposition zu begeben.

Nach der Gründung der SDP befand sich die SPD in einer völlig neuen Situation. Wie sollte man auf die Gründung reagieren? Und was bedeutete dies für den Dialog mit der SED? Mancher Sozialdemokrat, der in den eingefahrenen Bahnen des Dialoges mit Ost-Berlin dachte, sah seine Position infrage gestellt – und distanzierte sich von der SDP. Dies galt um so mehr, als die Parteigründer in den Monaten zuvor nicht öffentlich wirksam geworden waren. Handelte es sich bei jener Gruppe nicht um einen chaotischen Haufen, angeführt von einigen bärtigen, intellektuellen Pfarrern? Andere in der SPD ergriffen die Gegenposition, begrüßten die SDP-Gründung und suchten die Zusammenarbeit.

Mit privater Hilfe in Form von Kopierern, Neun-Nadel-Druckern und harter D-Mark begann die Unterstützung der SDP durch zunächst einzelne westdeutsche Sozialdemokraten bzw. Ortsverbände. Die organisierte Hilfe des Parteivorstandes der SPD kam erst langsam ins Rollen. Als in hohem Maße unterschiedlich erwies sich die Hilfe aus Landesverbänden und Bezirken der SPD. Während die – eher konservativ geprägte – nordrhein-westfälische SPD sehr früh Kontakte knüpfte und Hilfe gewährte, tat sich etwa der saarländische Landesverband schwer.

Die Nervosität im Umgang mit den politischen Entwicklungen in der DDR war groß. Zum einen war die bisherige Deutschlandpolitik längst infrage gestellt.

Zum anderen hatte die Bundesregierung das „Prä“. Von dieser wiederum wünschte sich die SPD zu distanzieren, befand man sich doch auf der Zielgerade zur Bundestagswahl 1990. Diese Wahl, die parteiübergreifend noch bis in den Sommer 1990 als eine rein westdeutsche Wahl erwartet wurde, stand ganz im Zeichen der deutsch-deutschen Entwicklung. Die Führung der SPD aber plante jenen Wahlkampf so als gäbe es im Westen nichts Neues und sei der Osten nicht existent. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder der Protest gegen Tiefflüge stellten für den Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine wesentliche Themen dar. Das „D“-Wort fand kaum Erwähnung. Mit Lafontaine führte ein europäisch geprägter, in post-nationalen Kategorien denkender Saarländer die SPD in das Jahr 1990. Die Konflikte mit dem Ehrenvorsitzenden Willy Brandt, der einen zweiten politischen Frühling erlebte und sich vor nationalem Pathos nicht scheute, waren offenkundig. Hans-Jochen Vogel musste die undankbare Rolle des Mittlers und Moderators übernehmen. Schließlich personifizierte Brandt und Lafontaine zwei Flügel in der SPD. Dabei standen die jungen und „linken“ Sozialdemokraten mehrheitlich, doch keineswegs komplett, auf Lafontaines Seite.

Die zögerliche Haltung hinsichtlich einer raschen Einführung der D-Mark in der DDR hatte die Sozialdemokratie bereits den erwarteten Sieg bei der Volkskammerwahl gekostet. Diese Schlappe wurde von Lafontaine als Niederlage Brandts interpretiert, der neben Kohl wie kein anderer westdeutscher Politiker im DDR-Wahlkampf aufgetreten war. Lafontaine wiederum hatte kurz zuvor seine absolute Mehrheit bei der Landtagswahl im Saarland ausgebaut. Gerhard Schröder führte im Mai 1990 einen Machtwechsel in Niedersachsen herbei – und sah in seiner wie Lafontaines deutschlandpolitischen Skepsis die Grundlage des Erfolges.

Gleichwohl war es der Führung der SPD in Bonn gelungen, die Ost-SPD zum Eintritt in eine Große Koalition zu bewegen. Dies war ein Verdienst von Brandt wie Vogel. In einer historischen Stunde könne man sich der Verantwortung nicht verweigern, argumentierten sie. Die Ost-SPD in der Regierung, die erkennbar frustrierte West-SPD in der Opposition, wenn auch mit Mehrheit im Bundesrat – diese Vorzeichen bescherten der Sozialdemokratie einen komplizierten Wahlkampf. Noch wenige Monate zuvor schien das Ende der Regierung Kohl eingeläutet. Nun aber kämpften beide sozialdemokratischen Parteien vor al-

lem mit sich selbst. Befürworter und Gegner der Beteiligung an einer Großen Koalition in der DDR stritten sich heftig – in Ost-Berlin wie in Bonn.

Es folgte eine Debatte um die Haltung zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (WWU), die von der Ost-SPD klar befürwortet wurde. Die wirtschaftlichen Probleme realistisch im Blick, ließ Lafontaine deren emotionale Komponente außer Acht. Lafontaine entschied sich gegen großen Widerstand zu einem Spagat, der nicht gelingen konnte. Er wollte die SPD-Fraktion darauf festlegen, die WWU im Bundestag abzulehnen. Im Bundesrat hingegen sollte der erste Staatsvertrag mit den Stimmen des SPD-regierten Hamburgs (neben denen der unionsgeführten Länder), aber gegen die Voten der übrigen „A-Länder“ angenommen werden. Vogel und die Mehrheit in Fraktion und Vorstand durchkreuzten diesen Kurs. Ein geschwächter Kanzlerkandidat, der sich nun weiter vergaloppierte, blieb zurück.

Nur widerwillig ließ sich die SPD auf den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes ein. In diesem Punkt waren sich Lafontaine und Vogel, anfangs auch Brandt, einig: Sie wünschten den Weg über Artikel 146 GG und plädierten für eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung. Als ein solcher Ruf Richtung Basisdemokratie, genauer nach einer Mitgliederbefragung in der SPD in Bezug auf die Fusion beider Parteien laut wurde, wurde der brüsk zurück gewiesen. Was die SPD also auf staatlicher Ebene (erfolglos) verlangte, wünschte sie in ihrer eigenen Partei nicht auf die Beine zu stellen. Um westdeutsche „Besitzstände“ und den Proporz nach Geschlecht, Flügel und Region nicht zu verletzen, wurden Präsidium und Vorstand der gesamtdeutschen Sozialdemokratie schlicht um einige Vertreter der Ost-SPD, etwa Parteivize Wolfgang Thierse, erweitert. Von einem euphorischen Start war die gesamtdeutsche Sozialdemokratie weit entfernt.

DANIEL FRIEDRICH STURM, 1973 in Bochum geboren, seit Juli 2003 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1995 bis 2000 Politische Wissenschaft, Osteuropäische Geschichte und Volkskunde an der Universität Bonn. Tätigkeit als freier Journalist, ab Mitte 1999 in Berlin. Seit August 2000 zunächst Redakteur im innenpolitischen Ressort der „Welt“, 2002/2003 Parlamentskorrespondent von „Welt“ und „Berliner Morgenpost“. Seit 1. April 2003 für das Promotionsvorhaben (an der Universität Bonn) beurlaubt. Abgabe der Dissertation im Januar 2005.